

Name:

## ABSCHLUSSPRÜFUNG SOMMER 2017

Ausbildungsberuf: **Steuerfachangestellte/r**

Prüfungsort:

Termin: Freitag, 31. März 2017

Prüfungsfach: Steuerwesen

Bearbeitungszeit: **150 Minuten**

Bitte **deutlich schreiben** und Füllhalter, Kugelschreiber oder Filzstift benutzen.

**Bitte nicht den Korrekturrand beschriften!**

<b>Gesamtpunktzahl:</b>	<b>100,0</b>	<b>Erzielte Punkte:</b>
<b>Teil I: Einkommensteuer</b>	<b>38,5</b>	
<b>Teil II: Körperschaftsteuer</b>	<b>12,0</b>	
<b>Teil III: Gewerbesteuer</b>	<b>10,5</b>	
<b>Teil IV: Abgabenordnung</b>	<b>13,0</b>	
<b>Teil V: Umsatzsteuer</b>	<b>26,0</b>	
<b>Note:</b>		
<b>Unterschrift Erstzensor:</b>	<b>Unterschrift Zweitzensor:</b>	

**Teil I: Einkommensteuer (38,5 Punkte)**

**Bearbeitungshinweis:** Dieser Prüfungsteil besteht aus **zwei selbstständigen Sachverhalten**, die in beliebiger Reihenfolge gelöst werden können.

**Sachverhalt 1 (20,5 Punkte)**

Till Sommer hat mit notariell beurkundetem Kaufvertrag vom 17.03.2016 ein Mehrfamilienhaus in der Innenstadt von Düsseldorf günstig erwerben können.

Besitz, Nutzungen und Lasten sind ab dem 01.04.2016 auf Till Sommer übergegangen; die Eintragung in das Grundbuch erfolgte am 02.05.2016.

Das Haus enthält acht Wohnungen, die alle vermietet sind.  
Die Mietverhältnisse werden von Till Sommer unverändert fortgeführt.  
Aus dem Objekt erzielte Till Sommer seit dem Erwerb bis einschließlich August 2016 monatliche Mieteinnahmen in Höhe von insgesamt 4.200,00 €.

Die Anschaffungskosten des Mehrfamilienhauses betragen nur 400.000,00 €, da der Verkäufer bisher seit der Errichtung des Gebäudes im Jahr 1971 noch keine größeren Modernisierungsmaßnahmen an dem Gebäude hat durchführen lassen.  
Dementsprechend entfallen von dem Kaufpreis 200.000,00 € auf den Wert des Grund und Bodens.

Folgende Aufwendungen sind von Till Sommer im VZ 2016 im Zusammenhang mit dem Kauf des Mehrfamilienhauses bezahlt worden:

• Grunderwerbsteuer	26.000,00 €
• Notarkosten für die Beurkundung des Kaufvertrages, brutto	3.500,00 €
• Notarkosten für die Grundschuldbestellung, brutto	1.500,00 €
• Grundbuchgebühren für die Eintragung des Eigentümerwechsels	1.500,00 €
• Grundbuchgebühren für die Eintragung der Grundschuld	800,00 €

Im Juni 2016 hatte Till Sommer folgende umfangreiche Maßnahmen an dem Gebäude durchführen lassen:

• Einbau von Balkontüren und Anbau von Balkonen, brutto	90.000,00 €
• Dachreparatur, brutto	65.000,00 €
• Fassadendämmung, brutto	<u>40.000,00 €</u>
	195.000,00 €

Till Sommer möchte den im September 2016 bezahlten Betrag in Höhe von 195.000,00 € gemäß **§ 82b EStDV** gleichmäßig auf fünf Jahre verteilen.

Allgemeine monatliche Ausgaben, die als Werbungskosten abzugsfähig sind, entstanden darüber hinaus im VZ 2016 in Höhe von 1.200,00 €. Darüber hinaus sind Zinsen zur Finanzierung des Kaufpreises in Höhe von insgesamt 4.500,00 € entstanden.

Nach der durchgeführten Modernisierung konnte Till Sommer die monatlichen Mieten ab September 2016 in angemessenem Maße erhöhen.

Nunmehr erzielte Till Sommer monatliche Mieteinnahmen in Höhe von insgesamt 5.040,00 €. Dies entspricht auch der üblichen Miete für vergleichbare Wohnungen.

**Aufgaben**

1. Prüfen und begründen Sie, ob der geltend gemachte Instandsetzungs- und Modernisierungsaufwand in Höhe von insgesamt 195.000,00 € nach **§ 82b EStDV** gleichmäßig auf fünf Jahre verteilt werden kann.

**Lösung zu Teil I: Einkommensteuer – Sachverhalt 1**

2. Ermitteln Sie in einer übersichtlichen Darstellung für den VZ 2016 die **Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung**.  
Cent-Beträge können auf volle Euro-Beträge gerundet werden.  
Benutzen Sie für Ihre Lösung ausschließlich das beigefügte Lösungsblatt.

**Sachverhalt 2 (18,0 Punkte)**

Der seit 2010 verwitwete, kinder- und konfessionslose Peter Winter aus Neuss, geboren am 16.11.1939, bezieht seit dem Kalenderjahr **2004** eine Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

Zum 01.07.2016 hatte er die folgende jährliche Mitteilung über die Anpassung der Leistung aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten (Auszug):

	<i>bisherige Monatsbeträge bis 30.06.2016</i>	<i>neue Monatsbeträge ab 01.07.2016</i>
Rentenbetrag	1.676,76 €	1.748,02 €
Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung Ihr bisheriger Anteil	- 145,88 €	
Berechnung Ihres neuen Anteils: 8,7 % von 1.748,02 €		- 152,08 €
Beitrag zur Pflegeversicherung Ihr bisheriger Anteil	- 39,40 €	
Ihr neuer Anteil 2,35 % von 1.748,02 €		- 41,08 €
<b>auszuzahlender Betrag</b>	<b>1.491,48 €</b>	<b>1.554,86 €</b>

Weitere Anpassungen der gesetzlichen Rente gab es im Veranlagungszeitraum 2016 nicht. Die Bruttorente betrug im Kalenderjahr **2005** insgesamt 18.000,00 €.

Zusätzlich erhält Peter Winter seit Dezember **2004** eine ausschließlich vom früheren Arbeitgeber finanzierte Betriebsrente (Versorgungsbezüge) in unveränderter Höhe von 500,00 € monatlich brutto. Der Arbeitgeber hat Beiträge zur Basiskranken- und Pflegeversicherung in Höhe von insgesamt 651,00 € für das Jahr 2016 einbehalten und abgeführt.

Im VZ 2016 musste Peter Winter Zuzahlungen zu den ihm von seinem Hausarzt verordneten Medikamenten von insgesamt 400,00 € leisten.

Außerdem musste er im VZ 2016 für zwei neue Zahnimplantate einen Eigenanteil von insgesamt 1.700,00 € selbst übernehmen.

Den Betrag hatte er direkt auf das Bankkonto seines Zahnarztes überwiesen.

**Aufgabe**

Ermitteln Sie in einer übersichtlichen Darstellung unter **Angabe der Einkunftsarten** und der **Fachbegriffe** für den VZ 2016 das **zu versteuernde Einkommen** von Peter Winter.

**Nichtansätze sind kurz zu begründen.**

Cent-Beträge können auf volle Euro-Beträge gerundet werden.

**Lösung zu Teil I: Einkommensteuer – Sachverhalt 2**

**Fortsetzung der Lösung zu Teil I: Einkommensteuer – Sachverhalt 2**

## Teil II: Körperschaftsteuer (12,0 Punkte)

### Sachverhalt

Die „Stabilo Sanitär GmbH“ (GmbH) mit Sitz in Mönchengladbach hat für den VZ 2016 einen handelsrechtlichen Jahresüberschuss zum 31.12.2016 in Höhe von 500.000,00 € ermittelt.

Zu der Gewinn- und Verlustrechnung 2016 (Wirtschaftsjahr = Kalenderjahr) liegen u. a. folgende Informationen vor:

- Im April 2016 hat die GmbH einem guten Geschäftskunden einen hochwertigen Duschkopf geschenkt. Die Anschaffungskosten von 500,00 € (netto) wurden als „sonstige betriebliche Aufwendungen“ gebucht. Die Vorsteuer in Höhe von 95,00 € wurde mit der USt-Voranmeldung April 2016 als Vorsteuer geltend gemacht. Die GmbH hat zulässigerweise die Pauschalierung nach **§ 37b Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG i. V. mit § 37b Abs. 1 Satz 2 EStG** mit 30 % Einkommensteuer und 5,5 % Solidaritätszuschlag durchgeführt und den Betrag als sonstigen betrieblichen Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Weitere Geschenke wurden im Wirtschaftsjahr 2016 nicht getätigt.

**Hinweis:** Auf die handels- und steuerrechtliche Behandlung der Vorsteuer ist einzugehen.

- Folgende Beträge wurden bei der Ermittlung des Jahresüberschusses erfolgswirksam gebucht:

• Körperschaftsteuervorauszahlungen 2016	20.000,00 €
• Vorauszahlungen Solidaritätszuschlag 2016	1.100,00 €
• Körperschaftsteuernachzahlung aufgrund einer Außenprüfung für das Jahr 2010	10.000,00 €
• Nachzahlungszinsen gemäß § 233a AO (Körperschaftsteuer 2010)	2.400,00 €
• Körperschaftsteuererstattung aufgrund einer Außenprüfung für das Jahr 2011	7.000,00 €
• Erstattungszinsen gemäß § 233a AO (Körperschaftsteuer 2011)	1.500,00 €
• Gewerbesteuervorauszahlungen 2016	15.000,00 €
• Spenden an politische Parteien (ordnungsgemäße Zuwendungsbestätigungen liegen vor.)	2.000,00 €

### Aufgabe

Ermitteln Sie für die GmbH in einer übersichtlichen Darstellung für den **VZ 2016** das zu **versteuernde Einkommen**.

**Nichtansätze sind kurz zu begründen.**

**Das zu versteuernde Einkommen ist ggf. auf volle Euro-Beträge abzurunden.**

**Auszug aus BMF v. 29.04.2008, BStBl 2008 I S. 566 – Tz. 26**  
**Pauschalierung der Einkommensteuer bei Sachzuwendungen nach § 37b EStG**

„Die Abziehbarkeit der Pauschalsteuer als Betriebsausgabe richtet sich danach, ob die Aufwendungen für die Zuwendung als Betriebsausgabe abziehbar sind.“

**Lösung zu Teil II: Körperschaftsteuer**

**Teil III: Gewerbesteuer (10,5 Punkte)**

Manuel Meurer betreibt als Einzelunternehmer einen Gewerbebetrieb in Oberhausen. Er ermittelt seinen Gewinn gem. § 238 Abs. 1 HGB i. V. mit § 5 Abs. 1 EStG. Das Wirtschaftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

**Aufgabe**

Ermitteln Sie – ausgehend von der beigegeführten Gewinn- und Verlustrechnung 2016 – unter Berücksichtigung der nachfolgenden Angaben den – ggf. auf einen **vollen Euro-Betrag abgerundeten** – **Gewerbesteuermessbetrag** für den **Erhebungszeitraum 2016**.

**Nichtansätze sind kurz zu begründen.**

**Sachverhalt**

<b>Gewinn- und Verlustrechnung 2016</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>Erträge</b>
Umsatzerlöse		890.900,00 €
Erträge aus der Beteiligung an der Schmitz KG		24.000,00 €
Wareneinsatz	459.510,00 €	
Personalaufwand	224.000,00 €	
Bewirtungsaufwendungen	5.600,00 €	
Gewinnanteil typischer stiller Gesellschafter (Willi Muster)	18.000,00 €	
Zinsaufwendungen	21.200,00 €	
sonstige Aufwendungen	82.600,00 €	
Gewinn	103.990,00 €	
	<b>914.900,00 €</b>	<b>914.900,00 €</b>

1. Die der Höhe nach angemessenen Bewirtungsaufwendungen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung zu 100 % ausgewiesen.

Manuel Meurer hatte wie folgt gebucht:

<i>Bewirtungsaufwendungen</i>	5.600,00 €	<i>an</i>	<i>Bank</i>	6.664,00 €
<i>Vorsteuer</i>	1.064,00 €			

2. Manuel Meurer ist als **typischer (echter) stiller Gesellschafter** an der Schmitz KG in Essen beteiligt (vgl. Gewinn- und Verlustrechnung).
3. Willi Muster ist mit 250.000,00 € aus seinem Privatvermögen als typischer (echter) stiller Gesellschafter an der Einzelunternehmung des Manuel Meurer beteiligt.
4. Manuel Meurer nutzt sein Betriebsgrundstück zu 75 % für eigene betriebliche Zwecke und zu 25 % für eigene Wohnzwecke. Der Einheitswert dieses Grundstücks beträgt 160.000,00 € (Wertverhältnisse zum 1. Januar 1964).
5. Manuel Meurer überwies für die gemietete Telefonanlage, die ausschließlich betrieblich genutzt wird, an die Siemens AG, München, im Erhebungszeitraum 2016 insgesamt 4.800,00 € zuzüglich 19 % gesondert ausgewiesener Umsatzsteuer. Manuel Meurer hatte wie folgt gebucht:

<i>Sonstige Aufwendungen</i>	4.800,00 €	<i>an</i>	<i>Bank</i>	5.712,00 €
<i>Vorsteuer</i>	912,00 €			



**Lösung zu Teil III: Gewerbesteuer**

**Teil IV: Abgabenordnung (13,0 Punkte)****Sachverhalt 1 (6,5 Punkte)**

Rolf Schneider betreibt in Wuppertal als Einzelunternehmer einen Möbelgroßhandel.

Im VZ 2016 fand eine Außenprüfung für die Prüfungszeiträume **2013 bis 2015** durch das zuständige Finanzamt statt.

Die Einkommensteuerbescheide für die Veranlagungszeiträume **2013** und **2014** sind endgültig und bestandskräftig.

Der Einkommensteuerbescheid für den Veranlagungszeitraum **2015** steht nach § 164 Abs. 1 AO unter dem Vorbehalt der Nachprüfung.

Der Außenprüfer hat folgende Feststellungen getroffen:

1. Im Veranlagungszeitraum **2013** sind Erlöse aus einem Barverkauf in Höhe von 500,00 € nicht als Betriebseinnahme erfasst worden.
2. Bei der Ermittlung der Einkünfte aus Gewerbebetrieb für den Veranlagungszeitraum **2014** ist eine außerbilanzielle Kürzung in Höhe von 9.654,00 € erklärt worden. Bei der Erfassung der Einkünfte aus Gewerbebetrieb hat das Finanzamt aber nur 6.954,00 € außerbilanziell gekürzt.
3. Im Veranlagungszeitraum **2015** ist der Warenbestand aufgrund eines Fehlers bei der Inventur um 20.000,00 € zu niedrig bewertet worden.

**Aufgabe**

Prüfen und begründen Sie, ob die Einkommensteuerbescheide für die **Veranlagungszeiträume 2013 bis 2015** aufgrund der Feststellungen durch die Außenprüfung **geändert** werden können. Geben Sie dazu auch die genaue gesetzliche Grundlage an.

**Bearbeitungshinweise:**

1. Die Festsetzungsfrist ist nicht zu prüfen.
2. Auf § 177 AO ist nicht einzugehen.

**Lösung zu Teil IV: Abgabenordnung – Sachverhalt 1**

zu 1.

zu 2.

zu 3.

**Sachverhalt 2 (6,5 Punkte)**

Das Finanzamt Solingen stundete die rückständige Einkommensteuer 2015 auf Antrag des Steuerpflichtigen Uwe Kleister in drei Raten nach folgendem Stundungsplan:

gestundeter Anspruch	erstmalig fällig am	Betrag in €	1. Rate fällig zum 23.01.2017	Rest in €	2. Rate fällig zum 13.02.2017	Rest in €	3. Rate fällig zum 13.03.2017
ESt 2015	09.12.2016	4.600,00	600,00	4.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00

Berechnen Sie in einer übersichtlichen Darstellung die Höhe der **Stundungszinsen** in €

**Lösung zu Teil IV: Abgabenordnung – Sachverhalt 2**

**Teil V: Umsatzsteuer (26,0 Punkte)****Allgemeine Angaben**

Die „Medical Drive OHG“ (OHG) betreibt in Duisburg die Herstellung und den Handel mit Rollstühlen (Ifd. Nr. 51 der Anlage 2 zu § 12 Abs. 2 Nr. 1 und 2 UStG) und Spezialfahrrädern (**nicht** begünstigte Gegenstände) für behinderte Menschen.

Die OHG gibt **monatliche Umsatzsteuer-Voranmeldungen** ab und versteuert ihre Umsätze nach **vereinbarten Entgelten**.

**Beurteilen Sie die nachfolgenden Sachverhalte 1 bis 5 entsprechend der jeweiligen Aufgabenstellung.**

**Sachverhalt 1 (8,0 Punkte)**

Die OHG erwarb am 30.11.2016 von einem französischen Unternehmer Rollstühle im Gesamtwert von 20.000,00 €, die im Auftrag des französischen Unternehmers von einem französischen Speditionsunternehmen noch am selben Tag von Paris nach Duisburg transportiert wurden. Die Rechnung des französischen Lieferanten vom 02.01.2017 wurde am 02.02.2017 ohne Abzug durch Banküberweisung vom Geschäftskonto bezahlt. Beide Unternehmer benutzten ihre jeweilige gültige nationale Umsatzsteuer-Identifikationsnummer.

<b>Umsatzart mit gesetzlicher Grundlage</b>	
<b>Ort des Umsatzes mit gesetzlicher Grundlage</b>	
<b>Steuerbarkeit (ja/nein) mit gesetzlicher Grundlage</b>	
<b>Steuerbefreiung / Steuerpflicht</b>	
<b>Bemessungsgrundlage in Euro mit gesetzlicher Grundlage</b>	
<b>Höhe der Umsatzsteuer in Euro</b>	
<b>Voranmeldungszeitraum mit gesetzlicher Grundlage</b>	
<b>Vorsteuerabzug in Euro mit gesetzlicher Grundlage</b>	
<b>Vorsteuerabzugszeitraum</b>	

**Sachverhalt 2 (5,0 Punkte)**

Die OHG veräußerte im August 2016 Fahrräder im Gesamtwert von 50.000,00 € an einen niederländischen Fahrradhändler (Unternehmer), der die Fahrräder in Duisburg mit eigenem Fahrzeug abholte.

Die OHG erstellte eine Rechnung unter Verwendung ihrer gültigen nationalen Umsatzsteuer-Identifikationsnummer und der gültigen nationalen Umsatzsteuer-Identifikationsnummer des Leistungsempfängers. Die Gelangensbestätigung liegt vor.

<b>Art der Leistung mit gesetzlicher Grundlage</b>	
<b>Ort der Leistung mit gesetzlicher Grundlage</b>	
<b>Steuerbarkeit (ja/nein) mit gesetzlicher Grundlage</b>	
<b>Steuerbefreiung / Steuerpflicht mit gesetzlichen Grundlagen</b>	
<b>Bemessungsgrundlage in Euro</b>	

**Sachverhalt 3 (4,0 Punkte)**

Die OHG veräußerte im Juli 2016 ein Spezialrad an einen **belgischen Privatkunden**, der das Fahrrad mit eigenem Fahrzeug von Duisburg nach Brüssel transportierte.

Die ordnungsgemäße Rechnung (Auszug) an die belgische Adresse des Privatkunden lautete:

*„Für die Lieferung eines Spezialfahrrades berechnen wir Ihnen 2.000,00 €. Zahlung innerhalb eines Monats ohne Abzug in Euro auf das u. a. Konto.“*

<b>Ort der Leistung mit gesetzlicher Grundlage</b>	
<b>Steuerbarkeit (ja/nein) mit gesetzlicher Grundlage</b>	
<b>Steuerbefreiung / Steuerpflicht mit Begründung</b>	
<b>Bemessungsgrundlage in Euro</b>	

**Sachverhalt 4a (1,5 Punkte)**

Die OHG erhielt im Mai 2016 von einem Fachgroßhändler aus Essen den Auftrag, bis Ende **August 2016** insgesamt zehn Rollstühle mit Elektromotor im Gesamtwert von 40.000,00 € zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer zu liefern.

Die OHG schickte folgende ordnungsgemäße Anzahlungsrechnung (Auszug) mit Rechnungsdatum **31.05.2016** an den Großhändler:

<i>Gemäß Kaufvertrag vom 25.05.2016 bitte ich Sie zu überweisen:</i>	
Anzahlung (20 % des Gesamtkaufpreises) in Höhe von	8.000,00 €
<u>zuzüglich 7 % Umsatzsteuer</u>	<u>560,00 €</u>
<i>insgesamt</i>	<i>8.560,00 €</i>

Laut Bankauszug erfolgte die Gutschrift in Höhe von 8.560,00 € auf dem Geschäftskonto der OHG am **09.06.2016** (Wertstellung).

Entscheiden Sie – unter Angabe der genauen **gesetzlichen Grundlage** – wann die Umsatzsteuer in Höhe von 560,00 € entstanden ist.

**Lösung:**

**Sachverhalt 4b (4,5 Punkte)**

Die OHG lieferte die Rollstühle fristgerecht in der letzten **Augustwoche 2016** mit der Rechnung an den Großhändler aus. Sie erstellte folgende **Endrechnung** (Auszug):

	<i>Rechnungsdatum: 31.08.2016</i>
<i>Lieferung von 10 maßgefertigten Rollstühlen mit Elektromotor</i>	<i>40.000,00 €</i>
<u><i>zuzüglich 7 % Umsatzsteuer</i></u>	<u><i>2.800,00 €</i></u>
<i>insgesamt</i>	<i>42.800,00 €</i>
<u><i>abzüglich Anzahlung vom 09.06.2016</i></u>	<u><i>8.560,00 €</i></u>
<i>verbleiben</i>	<i>34.240,00 €</i>

Laut Bankauszug erfolgte die Gutschrift in Höhe von 34.240,00 € auf dem Geschäftskonto der OHG am **09.09.2016** (Wertstellung).

Entscheiden Sie, wann die Umsatzsteuer aus der o. a. Endrechnung entstanden ist und nennen Sie die **gesetzlichen Grundlagen**. Eine Angabe von €-Beträgen ist **nicht** erforderlich.

**Lösung:**

**Sachverhalt 5 (3,0 Punkte)**

Die OHG hat im Veranlagungszeitraum 2016 erstmals Umsätze mit Unternehmern und Privatkunden aus anderen **Mitgliedstaaten der Europäischen Union** getätigt.

- a) Zu welchen der Sachverhalte 1 – 3 hat die OHG – außer im Rahmen der Umsatzsteuer-Voranmeldungen bzw. Umsatzsteuererklärung 2016 einschließlich der Anlage UR zur Umsatzbesteuerung – weitere **umsatzsteuerliche** Angaben nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck zu machen? (kurze Begründung)

**Lösung:**

- b) Nennen Sie

- diesen amtlich vorgeschriebenen Vordruck,
- die gesetzliche Grundlage bezüglich der Verpflichtung zur Abgabe dieses Vordrucks,
- den Empfänger (Name der Finanzbehörde).

**Lösung:**

**Name des Vordrucks:**

**gesetzliche Grundlage:**

**Name der Finanzbehörde:**



Name:

**Lösungsblatt zu Teil I: Einkommensteuer – Sachverhalt 1 – Aufgabe 2**

**Ermittlung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung**